



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



AUS DEM INHALT
Ausgabe August 2007

- **Regierungskonferenz zum Reformvertrag**
- **Bahnlärm im Rheintal**
- **Weinmarktreform**
- **Illegale Zuwanderung**
- **LIFE+**
- **Telekommunikationsrecht**
- **EU kämpft gegen AIDS**

Liebe Leserinnen und Leser,

nach der Sommerpause ist das politische Geschäft auch in Brüssel und Straßburg wieder in Gang gekommen. Die zweite Jahreshälfte wird politisch sehr wichtige Entscheidungen bringen.

„Innenpolitisch“ wartet ganz Europa mit Spannung auf die Ergebnisse der Regierungskonferenz zum EU-Reformvertrag, die bereits bis zum Gipfel Mitte Oktober vorliegen sollen. Hier wird man sehen, inwieweit die politischen Einigungen der deutschen Ratspräsidentschaft in konkrete rechtliche Form gebracht werden konnten. Besonders für Hessen spannend werden die weiteren Entwicklungen in der geplanten Weinmarktreform sein. Hier muss auf eine gerechte Verteilung der Mittel und die Wahrung unserer traditionellen Anbauverfahren geachtet werden!

Auch außenpolitisch stehen wir Europäer in den nächsten Monaten vor großen Herausforderungen. Die immer noch ungeklärte rechtliche Situation im Kosovo, die anhaltenden Krisen im Nahen Osten, sowie die weitere Entwicklung der Türkei unter dem neuen Präsidenten Gül verlangen unsere Aufmerksamkeit. Kritisch beobachten werden wir auch die Duma-Wahlen in Russland Ende des Jahres. Die Re-Sowjetisierung unter Putin ist leider in vollem Gang. Auch darüber werden wir am 13./14. Oktober in Wiesbaden im Rahmen des deutsch-russischen „Petersburger Dialogs“ diskutieren.

Ich freue mich auf Ihren nächsten Besuch in Brüssel oder Straßburg oder auf ein Zusammentreffen bei uns in Süd- und Westhessen!

Ihr

Michael Galter

Regierungskonferenz zum Reformvertrag einberufen

Voller Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft

Ganz Europa ist sich einig: die deutsche Ratspräsidentschaft ist am 30. Juni erfolgreich zu Ende gegangen!

Mit dem denkwürdigen „Nachtgipfel“ in Brüssel, in dem die Bundeskanzlerin erfolgreich mit dem störischen polnischen Präsidenten Lech und dem aus Warschau dazwischen funkenden Jaroslaw Kaczinski sowie dem notorisch euroskeptischen Briten Tony Blair um einen Erfolg ihrer Ratspräsidentschaft gerungen hat, ist Europa wieder auf die

Erfolgsstraße gebracht worden: Nach zähen Verhandlungen einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf einen Reformvertrag für die Europäische Union, der derzeit in einer im Juli einberufenen Regierungskonferenz im Detail ausgearbeitet wird. Die Arbeiten sollen schon zum nächsten Gipfel Mitte Oktober in Lissabon abgeschlossen sein. Bis Mitte 2009, also kurz vor den Wahlen zum Europäischen Parlament soll der neue Vertragstext dann in allen Mitgliedstaaten ratifiziert sein.

Wesentlich ist, dass der neue Vertrag die Substanz der EU-Verfassung weitestgehend übernimmt und die Vertragspartner sich in der Präambel auch weiterhin zur Errichtung einer „immer enger werdenden Union“ verpflichten. Kern-



punkt des Kompromisses ist das vereinfachte Abstimmungsverfahren der „doppelten Mehrheit“ von 55% der Staaten und 65% der Bevölkerung im Ministerrat ab 2014. Geopfert werden mussten leider die Symbole wie Flagge und Hymne, sowie die Bezeichnung des „EU-Außenministers“, dessen Funktion allerdings geschaffen wird, und der von einem eigenen diplomatischen Dienst unterstützt dem Außenministerrat vorsitzen und gleichzeitig Vizepräsident der EU-Kommission sein wird.

Weitere Fortschritte: die EU wird eine einheitliche Rechtspersönlichkeit erhalten und kann somit als EU und nicht nur als Summe ihrer Mitgliedstaaten international verbindlich handeln. In weiteren 50 Politikbereichen werden Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat

eingeführt, gleichzeitig erhält das EP Mitentscheidungskompetenz, d.h. ohne das EP kommt ein Rechtsakt nicht zu stande. Wenn mindestens 9 Staaten „mehr Europa“ in einzelnen Sachfragen wollen, können sie die-

se „verstärkte Zusammenarbeit“ praktizieren, ohne auf andere warten zu müssen. Auch das Subsidiaritätsprinzip wird gestärkt: Die EU darf nur handeln, wenn die Mitglieder auf eigenes Handeln verzichten. Eine bisher fehlende flächendeckende Sozialklausel zwingt die Kommission, jede Gesetzesinitiative auf ihre Sozialverträglichkeit zu überprüfen.

Alles in allem ist dieses Ergebnis ein Erfolg für Europa, denn die EU mit nun mehr 27 Mitgliedstaaten wird künftig handlungsfähiger sein.

Bahnlärm entlang des Rheins ist ein europäisches Problem

EU wird Maßnahmen zur Förderung der Flüsterbremsen vorschlagen

Gute Neuigkeiten für das Rheintal: Die EU geht aktiv gegen den Bahnlärm entlang des Rheins vor!

Wie der EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot auf Anfrage des hessischen CDU-Europaabgeordneten Michael Gahler ankündigte, wird die Europäische Kommission Maßnahmen zur Förderung des Austausches veralteter Graugussbremsklötzen durch die so genannte Flüsterbremse vorlegen.

Konkret werden derzeit folgende Maßnahmen geprüft: differenzierte Weegeentgelte, Bonus/Malussysteme und direkte Subventionen

zur schnelleren Umrüstung. Bis Ende 2007 soll die Mitteilung der Kommission vorliegen.

Dies ist ein positives Signal der Kommission für die Anwohner. Man hat in Brüssel erkannt, dass die Lärmbelastung im Schienenverkehr entlang des Rheintals ein europäisches Problem ist und die Arbeit an akzeptablen Lösungen begonnen. Nun ist entscheidend, dass die Re-

gelungen relativ kurzfristig verbindlich werden und dass sich über eine Kombination von Anreizen, wie die erwähnten Subventionen zur Umrüstung oder „Bestrafungen“ durch höhere Weegeentgelte für altes Material die Lage für die betroffenen Anwohner schnell verbessert.



Einigung über Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE+)

Der deutschen Ratspräsidentschaft ist es gelungen im Vermittlungsausschuss von Europäischem Parlament und Rat eine Einigung über das Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE+) herbeizuführen. LIFE+ wird zukünftig mit einem Gesamtbudget von 1,894 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2007-2013 ausgestattet sein.

Der Kompromiss kommt damit dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission sehr nahe.

Rund 78% des Budgets stehen den Mitgliedstaaten für Projektförderungen selbst zur Verfügung. Die verbleibenden 22% wird die Kommission für die Förderung von Querschnittsaufgaben, wie Fol-

genabschätzungen und Kommunikationsmaßnahmen, verwenden. Mit LIFE+ werden die bisherigen Programme „Forest Focus“ und URBAN zusammengeführt.

Weitere Informationen sind erhältlich unter:
<http://ec.europa.eu/environment/life/news/futureoflife.htm>

Demonstration gegen geplante Weinmarktreform in Brüssel



Michael Gahler mit Vertretern der hessischen Weinbauverbände in Brüssel

Deutsche Winzer haben kurz vor der Sommerpause in Brüssel gegen die Vorschläge der Europäischen Kommission zur EU-Weinmarktreform protestiert und Bundesminister Seehofer am Rande der Ratssitzung hierzu ein Positionspapier überreicht.

Als Vertreter des Bundeslandes mit den Weinre-

Denn: das vorliegende Kommissionsdokument ist für Hessen so nicht akzeptabel!

Das geplante Saccharoseverbot benachteiligt eindeutig mitteleuropäische und damit auch hessische Weine und gefährdet die traditionellen Weinbauverfahren entlang des Rheins und an der Bergstrasse.

gionen Rheingau und Bergstrasse hat der hessische Europaabgeordnete Michael Gahler die Wiener dabei unterstützt.

Auch die scheinbar bevorzugte Verteilung der vorhandenen Mittel nach dem „historischen Prinzip“ wird den neuen Bedingungen einer erweiterten Europäischen Union nicht mehr gerecht und belohnt zudem diejenigen Länder einseitig, die bisher vor allem auf die Destillation von Überschüssen gesetzt haben. Bei der zukünftigen Mittelvergabe muss hier für einen gerechten Ausgleich zwischen den Mitgliedstaaten gesorgt werden!

Insider glauben aber nicht daran, dass die Vorschläge in dieser Form verabschiedet werden. Zahlreiche Mitgliedstaaten haben sich bereits im Rat gegen die Vorschläge in dieser Form ausgesprochen.

EU-Mini-Chefs für gesunde Küche

Initiative zur Bekämpfung der Fettleibigkeit

Die Europäische Kommission und „Eurotoques International“, die Vereinigung europäischer Spitzenköche, haben gemeinsam die Webseite „EU Mini-Chefs“ ins Leben gerufen. Damit soll Kindern

gezeigt werden, dass eine gesunde Ernährung und deren Zubereitung auch Spaß machen kann. Hintergrund dieser Initiative ist der Kampf gegen Fettleibigkeit bei Kindern. Auf der Website sind

darüber hinaus weitere Informationen über die Teilnahme an einem Malwettbewerb für das Plakat für die Kampagne.

Das alles unter:

<http://eu.mini-chefs.eu>

EU-Telekommunikationsrecht

Verbraucher profitieren von sinkenden Preisen und innovativen Dienstleistungen

Die Europäische Kommission hat den 12. Bericht über die EU-Telekommunikationsmärkte vorgelegt. Der Bericht verdeutlicht, dass die Verbraucher dank der erzielten Fortschritte bei der Umsetzung des EU-Telekommunikationsrechts und der daraus resultierenden Wettbewerbsöffnung von sinkenden Preisen und innovativen Dienstleistungen profitiert haben. Mit einem Wachstum von 2,3% und zusätzlichen Investitionen von 5% ist der Telekommunikationsmarkt derzeit einer der stärksten europäischen Märkte. Der Bericht der Kommission verweist aber auch auf noch



ausstehende Regulierungsfragen. Neben verbesserter Unabhängigkeit einiger Regulierungsbehörden solle bei Wettbewerbsproblemen zukünftig noch zügiger und konsequenter gehandelt werden. Weitere Informationen sind erhältlich unter http://ec.europa.eu/regional_policy/index:de.htm

Wie wichtig die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) für Wachstum und Beschäftigung in der EU ist zeigt auch der von der Kommission vorgelegte Fortschrittsbericht über „i2010 – die digitalgestützte Strategie für Wachstum und Beschäftigung“. Der

Bericht zeigt, dass der IKT-Sektor in Europa weiterhin schneller wächst als die Gesamtwirtschaft. Zwischen 2000 und 2004 trugen die IKT fast 50% zum Produktivitätswachstum bei. Software- und IT-Dienste wuchsen mit 5,9% im Zeitraum von 2006-2007 am dynamischsten.

Aus dem Bericht geht auch hervor, dass die Europäer neue Online-Dienste in Anspruch nehmen. Mit 20,1 Millionen neu angeschlossenen Breitbandverbindungen bis Oktober 2006 wurde ein neuer Rekord erreicht.

Weitere Informationen unter:

http://ec.europa.eu/information_society/eeurope/i2010/

Illegale Zuwanderung

Richtlinienvorschlag der Kommission

Einem neuen Richtlinien-vorschlag zufolge will die EU künftig das Problem der Beschäftigung von illegalen Zuwanderern in der EU angehen. Der Vorschlag sieht Sanktionen gegen Arbeitgeber vor, die Menschen illegal

beschäftigen und ist Teil des globalen migrationspolitischen Ansatzes der EU, der auf die Förderung legaler Zuwanderung und die Bekämpfung illegaler Migration in Zusammenarbeit mit Drittländern abzielt. Neuesten

Schätzungen zufolge halten sich derzeit zwischen 4,5 und 8 Millionen Menschen illegal in der EU auf. Die von Schwarzarbeit am meisten betroffenen Wirtschaftszweige sind das Baugewerbe und die Landwirtschaft.

Binnenmarktausschuss billigt einheitliche Standards

bei der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der EU

Der Binnenmarktausschuss hat einen Bericht über die EU-Regeln zum Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln verabschiedet. Ziel des entsprechenden Verordnungsvorschlags der EU-Kommission ist neben der Harmonisierung der Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln in den einzelnen Mitgliedstaaten eine Aktualisierung und Straffung der Zulassungsverfahren sowie die Festlegung klarer und einfacher Regeln zum Datenschutz für die Hersteller in der Europäischen Union.

Mit der Harmonisierung der EU-Zulassungsbestimmungen für Pflanzenschutzmittel wird der administrative Aufwand erheblich verringert, ohne dabei Abstriche

beim Gesundheits- und Umweltschutz in Kauf nehmen zu müssen.

So soll es in der EU zukünftig drei Zulassungszonen Nord, Mitte und Süd geben, in denen die Landwirte



Pflanzenschutzmittel unter den gleichen Voraussetzungen einsetzen können. Die CDU-CSU konnte einige Verbesserungen erreichen: dazu zählt insbesondere

das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung auf freiwilliger Basis zwischen den drei zukünftigen EU-Zulassungszonen. Dadurch werden insbesondere Benachteiligungen deutscher Landwirte beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln gegenüber Nachbarländern beseitigt.

Geregelt wurde zudem die Problematik so genannter „Parallelimporte“ von Pflanzenschutzmitteln, die in einem Mitgliedstaat bereits zugelassen sind, in einem anderem aber noch nicht. Solche Importe sollen zukünftig dann möglich sein, wenn bereits eine stoffliche Übereinstimmung zwischen dem Importprodukt und einem Referenzmittel besteht.

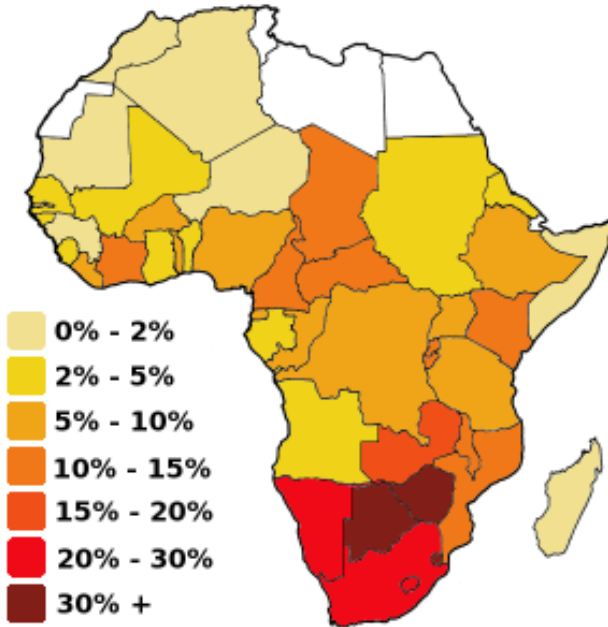
Erfolgreiche Problemlösungen dank SOLVIT

Das Online-Netzwerk SOLVIT, das Bürgern und Unternehmen bei Behördenproblemen in den Mitgliedstaaten hilft konnte seit seiner Einführung 2002 bereits in mehr als 1800

Fällen helfen. SOLVIT kann einschreiten, wenn nationale Verwaltungen das EU-Recht im Binnenmarkt nicht ordnungsgemäß umsetzen oder ihren Bürgern und Unternehmen deren Rechte im

Binnenmarkt verweigern. Als Konsequenz dieser Erfolgsbilanz soll SOLVIT nun seine Kapazitäten ausbauen. Das Netzwerk findet sich unter: <http://ec.europa.eu/solvit/>

EU kämpft gegen AIDS



betroffenen Länder stehen im Mittelpunkt dieses Aids-Aktionsplans.

Laut Teilnehmern müssen Regierungen zukünftig besser mit Nichtregierungsorganisationen im Kampf gegen die Immunschwäche kooperieren, sowie ihre Verantwortung für Prävention und medizinische Infrastruktur deutlicher wahrnehmen. Die Immunschwäche AIDS ist eine der größten Probleme besonders in den Entwicklungsländern. Weltweit sind rund 40 Millionen Menschen infiziert, allein 26 Millionen davon leben laut Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Afrika. Weitere Informationen sind auf der Internetseite der WHO erhältlich unter www.who.int

Die Pharmaindustrie ist bereit ihre Preise für AIDS-Medikamente in armen Ländern zu senken. Das ist das Ergebnis einer EU-Konferenz zu AIDS Mitte März

in Bremen. Regelungen gegen den Re-Import von günstigen Medikamenten in finanzkräftige Länder und die Ausweitung der billigen Medikamente auf alle

Deutsche Studenten sind Europameister

Hochschul-Austauschprogramm Erasmus feiert Geburtstag

Deutsche Studenten sind Europameister im Studentenaustausch!

Im Jahr 2006 nahmen insgesamt 23852 deutsche Studenten am europäischen

Hochschul-Austauschprogramm Erasmus (<http://eu.daad.de/eu/index.html>) teil – so viele wie aus keinem anderen EU-Mitgliedstaat. Das Programm feiert dieses Jahr übrigens 20.Geburts-

tag. Mittlerweile beteiligen sich über 2000 Universitäten an dem EU-Programm und haben bislang einer Millionen Austauschstudenten das Studieren an einer ausländischen Uni ermöglicht.

Bürokratieabbau

Vereinfachte Binnenmarktregeln



Nach Willen der Europäischen Kommission sollen die Rahmenbedingungen für Unternehmen in den Bereichen Gesellschaftsrecht, Rechnungslegung und Abschlussprüfung vereinfacht werden. Eine entsprechende Mitteilung sieht den Abbau und die Beseitigung über-



holter oder überzogener Verwaltungsvorschriften vor. Bürger und Unternehmen können bis Oktober 2007 zu den Vorschlägen Stellung nehmen. Die Mitteilung der Kommission, sowie weitere Informationen erhalten Sie unter: http://ec.europa.eu/internal_market/company/simplification/index_de.htm

Untersuchungen zum „gefühlten“ Europa

Die Generaldirektion für Kommunikation der Europäischen Kommission hat untersucht, was die EU für ihre Bürger bedeutet. „Hoffnung“ wird mit 42% am häufigsten genannt. Als nächstes gibt die EU 22% der Befragten ein Gefühl von „Vertrauen“. Im Bereich der weniger positiven Emotionen kommt die „Sorge“ auf 21% und „Misstrauen“ auf 20% der Nennungen. „Gleichgültigkeit“ wurde von 19% der Bürger ange-

führt. Die beiden extremsten Emotionen, „Begeisterung“ und „Ablehnung“ wurden von nur 5% der Befragten genannt.



IMPRESSUM

Michael Gahler
Europäisches Parlament
ASP 10 E 217
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284 59 77
Fax: 0032-2-284 99 77
E-Mail: michael.gahler
@europarl.europa.eu

Regionalbüro Süd- und Westhessen
Am Marktplatz 19
D-64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152-93 25 94
Fax: 06152-93 25 93